



## Niederschrift 48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 12.06.2013
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:20 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	R. 280 a, Stadthaus

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Hagen Wegewitz                      SPD

#### Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Kaminski, Peter
Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Herr Günter Anger	CDU	Vertretung für: Herrn Heinzl, Horst CDU/ANW
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Stefan Becker	FDP	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Peter Schultheiß                      Potsdamer Demokraten

#### sachkundige Einwohner

Frau Sabine Gräf	SPD
Herr Ingo Korne	DIE LINKE
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE
Frau Hannelore Mehls	Behindertenbeirat
Herr Uwe Stab	SPD

#### Beigeordnete

Herr Burkhard Exner                      Bürgermeister, Beigeordneter

## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Herr Peter Kaminski	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Herr Horst Heinzel	CDU	entschuldigt

### **sachkundige Einwohner**

Herr Robert Wolff	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Marcel Rosteck		entschuldigt
Herr Torsten Kalweit	CDU	entschuldigt
Herr Dr. Reinhard Stark		entschuldigt

### **Schriftführer/in:**

Herr Mathias Jeske

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.1 Bericht über den Stand des Haushaltsvollzuges per 30.04.2013  
Vorlage: 13/SVV/0380  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 4 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und Entlastung des Oberbürgermeisters  
Vorlage: 13/SVV/0315  
Oberbürgermeister; Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen  
Vorlage: 12/SVV/0209  
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP
- 5.2 Tourismusticket  
Vorlage: 13/SVV/0136  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 5.3 Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt  
Potsdam  
Vorlage: 13/SVV/0282  
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

**Protokoll:**

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste zur 48. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Dr. Wegewitz stellt die Beschlussfähigkeit sowie ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 7 Ausschussmitgliedern anwesend.

Herr Dr. Wegewitz schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5.2 und 5.3 zurück zu stellen.

**Die geänderte Tagesordnung wird ohne Einwände bestätigt.**

**Da keine Einwände gegen die Niederschrift des Ausschusses für Finanzen vom 22.05.2013 bestehen, wird diese auch bestätigt.**

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die neue sachkundige Einwohnerin der Fraktion SPD Frau Gräf.

Frau Gräf stellt sich kurz vor.

**zu 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam**  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

**zu 3.1 Bericht über den Stand des Haushaltsvollzuges per 30.04.2013**  
**Vorlage: 13/SVV/0380**  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner stellt den Quartalsbericht vor und berichtet über die aktuelle Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam und die getroffenen Prognosen.

Frau Gräf stellt fest, dass es sich bei den Aufgaben des Fachbereiches 38 – Soziales, Gesundheit und Umwelt größten Teils um Pflichtaufgaben handelt. Sie fragt, ob durch die Minderaufwendungen in Höhe von 1 Mio. € Aufgaben vernachlässigt wurden und ob dies im zuständigen Ausschuss diskutiert wird.

Frau Latacz-Blume (Fachbereiches 38 – Soziales, Gesundheit und Umwelt) begründet die Minderaufwendungen mit der Fallzahlenprognose/-planung auf Basis der letzten Jahre und dass die Härtefälle nicht in dem Ausmaß eingetreten sind. Was nicht heißen soll, dass Aufgaben nicht ordnungsgemäß war genommen werden.

Herrn Exner ist nicht bekannt, dass dies in anderen Ausschüssen diskutiert wird.

Herr Stab fragt, ob das auch bei den Hilfen für Asylbewerber so ist.

Frau Latacz-Blume informiert hier über die sehr vorsichtige Planung.

Frau Müller fragt, ob die Monatsberichte der Verwaltung auch im Ausschuss für Finanzen vorgestellt werden können.

Herr Exner erläutert, dass Auszüge aus dem Monatsbericht Bestandteil des TOP 3 – Informationen zur Haushaltslage – sind.

Herr Schultheiß fragt, ob die Anpassung des Bundes bei Hilfen für die Sicherung im Alter im Haushaltsplan berücksichtigt wurde.

Frau Latacz-Blume bejaht dies.

Herr Becker fragt, ob es schon Gegensteuermaßnahmen für den eventuellen Minderertrag in der Gewerbesteuer gibt.

Herr Exner erläutert, dass noch keine konkreten Maßnahmen festgelegt wurden.

Der Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis:

Bericht über den Stand des Haushaltsvollzuges zum 30.04.2013 einschließlich der Ergebnisprognose zum 31.12.2013 gem. § 29 Abs. 1 KomHKV.

#### **zu 4 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und Entlastung des Oberbürgermeisters**

**Vorlage: 13/SVV/0315**

Oberbürgermeister; Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner stellt den Jahresabschluss 2010 der Landeshauptstadt Potsdam vor.

Herr Stab fragt nach der Minderrung im Anlagevermögen in Höhe von 3,73 Mio. €.

Herr Exner erläutert kurz die Übertragung der Stadtbeleuchtung an die Stadtwerke Potsdam GmbH.

Frau Hofmann (Bereich 907 – Rechnungsprüfungsamt) erläutert zusätzlich die Bilanzübergänge.

Herr Schultheiß hat im Vorfeld Fragen geäußert, welche von Herrn Exner wie folgt beantwortet werden:

1. Wer hat die in Anlage 4 aufgeführten über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen genehmigt?

Bei unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie Finanzierungstätigkeit entscheidet bei Beträgen bis 100.000 EUR der Kämmerer sowie bei Beträgen bis 300.000 EUR der Hauptausschuss.

Bei unerheblichen über- und außerplanmäßigen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit entscheidet bei Beträgen bis 500.000 EUR der Kämmerer sowie bei Beträgen bis 1.000.000 EUR der Hauptausschuss.

2. Anlage 4 Seite 2 - Aufwendungen für Headhunting FB-Leiter 100.000 Euro: Um welchen FB-Leiter handelte es sich? Sind derartige Summe üblich? War die Ausgabe nicht vorhersehbar, so dass sie als „außerplanmäßig“ bezeichnet wird?

Hier wurden 3 Fachbereichsleiterstellen mit externer Unterstützung neu besetzt.

3. Anlage 4 Seite 3 - Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit 11.565 Euro: Wer waren die Nutznießer dieser Aufwendungen? Gab es dabei Auffälligkeiten?

Hierbei handelt es sich um erhöhte Aufwendungen für Stadtverordnete, insbesondere Kinderbetreuungskostenrückerstattungen sowie geltend gemachte Verdienstauffälle.

4. Anlage 4 Seite 4 - 90.000 Euro als höherer Ertrag/höherer Aufwand durch neuen Personalausweis: Was verbirgt sich dahinter? Müsste es nicht eine Erstattung durch den Bund geben?

Aufwand = Mehrkosten der Bundesdruckerei

Ertrag = Mehreinnahmen durch Ausgabe des „neue“ Personalausweises

→ Die Kosten im Vorfeld nicht genau beziffert werden (bei der Planung)

5. Anlage 4 Seite 9 - 32.111 Euro drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren Sanierungsmaßnahmen:

Um welche Maßnahmen handelte es sich? Wer hat die Klage angestrengt?

Gegenstand des Rechtsstreites war eine offene Gewerklohnrechnung in der Schiffbauergasse und daraus entstand die Verpflichtung, eine Rückstellung zu bilden, da das Gerichtsverfahren nicht im Haushaltsjahr 2010 abgeschlossen werden konnte.

6. Anlage 4 Seite 12 - 56.305 Euro ökologische Ausgleichszahlungen: Warum handelte es sich?

Hierbei handelt es sich um zusätzliche Aufwendungen für Ersatzzahlungen und -pflanzungen für Baumfällungen, zum Beispiel am Werderschen Damm. Diese waren durch Mehrerträge im Budget gedeckt.

7. Anlage 4 Seite 12 - 50.000 Euro Zuschüsse für Projekt M 100, da die Projektförderung durch Dritte nicht in vollem Umfang realisiert wurde: Worum handelte es sich – Bitte detaillierter beschreiben!

Das M 100 ist ein internationales Treffen der 100 wichtigsten Medien der Welt. Dieses Treffen ist von hohem internationalem Interesse und die Veranstaltung wird aus Spendeneinnahmen realisiert. 50 Tsd. € konnten nicht durch Spendeneinnahmen realisiert werden und wurden vom Oberbürgermeister bezuschusst.

8. Anlage 4 Seite 19 - 310.000 Euro Kanuscheune: Hat es dazu die Zustimmung der SVV gegeben? Wie ist die Summe zu sehen im Verhältnis zur Förderung des Breitensports und der anderen Ausgaben für die Sportförderung?

310 Tsd. € Investitionsvolumen unterliegen der Üpl-Befugnis des Kämmers. Hierbei handelt es sich um eine konkrete Maßnahme beim „Luftschiffhafenprojekt“.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Oberbürgermeister festgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 in der vorliegenden Fassung (Anlage 1). Der Jahresabschluss weist in der Ergebnisrechnung einen Gesamtfehlbetrag von € -7.229.388,65 sowie in der Finanzrechnung einen Saldo aus Ein- und Auszahlungen an eigenen Zahlungsmitteln von € 2.250.190,00 sowie einen Saldo aus Ein- und Auszahlungen an fremden Zahlungsmitteln von € -2.394.964,52 aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt darüber hinaus alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bekannt gewordenen unabweisbaren über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2010 (Anlage 2). Die Unabweisbarkeit wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung bestätigt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010 (Anlage 3) zur Kenntnis.
4. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2010 erforderlichen Mittelentsperrungen in den Aufwendungen und Auszahlungen zur Gewährleistung der Deckung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen (Anlage 5)
5. Dem Oberbürgermeister wird, entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf uneingeschränkte Entlastung für das Haushaltsjahr 2010 erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 5.1 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen**

**Vorlage: 12/SVV/0209**

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP

Frau Strotzer (Bereich 101 – Zentrale Steuerungsunterstützung) stellt den Zwischenstand der Verwaltungsarbeit vor.

Frau Müller bezweifelt, dass die Fraktionen in der Lage sind, das vorgestellte Formular vollständig ausfüllen zu können. Sollte ein Vervollständigen durch die Verwaltung erfolgen, müsse der zeitliche Ablauf bei der Einbringung eines Antrages neu gestaltet werden.

Herr Dr. Wegewitz begrüßt den Vorstoß der Verwaltung und meint, dass sich die Praxistauglichkeit des Musters erst zeigen muss.

Herr Schüler findet das vorgestellte Muster sehr umfangreich, aber dennoch gut. Es müsse sich in der Praxis zeigen, welche Informationen für Entscheidungen benötigt werden bzw. zu viel sind. Das müsse sich entwickeln.

Herr Schultheiß sieht das Problem bei den Fraktionsanträgen, da hier die finanzielle Größe meist noch nicht gar nicht zu beziffern sei.

Herr Stab bringt die Idee ein, zwei Formulare einzuführen: eines für die Verwaltung und eines für die Fraktionen.

Frau Müller möchte, dass die Fraktionsgeschäftsführer das vorgestellte Muster für weitere Diskussionen bekommen.

Herr Dr. Wegewitz möchte bei einem Formular bleiben; die Verwaltung müsse dann alle notwendigen finanziellen Auswirkungen ergänzen.

Frau Gräf findet die Vorgehensweise gut. So würde auch die Kommunikation innerhalb der Verwaltung gefördert werden, da es sich hierbei um Budgetentscheidungen handelt.

Herr Exner schließt sich dem Vorschlag an, das Formular in der Praxis zu testen und alle gewonnenen Erkenntnisse dann umzusetzen.

Herr Dr. Wegewitz lässt daraufhin den Antrag einstimmig bis zum 21.08.2013 zurückstellen.

**zu 5.2 Tourismusticket**

**Vorlage: 13/SVV/0136**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache wurde zurück gestellt – siehe Tagesordnungspunkt 2.

**zu 5.3     Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 13/SVV/0282**  
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

Drucksache wurde zurück gestellt – siehe Tagesordnungspunkt 2.